



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
zH Herrn Dr Schramm
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65	Datum
	WP-GSt/Pe/Ni	Dominik Pezenka	DW 2224 DW 2532	28.11.2011

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden – Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012)

Sehr geehrter Herr Dr Schramm!

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012 im Allgemeinen

Die BAK möchte einleitend festhalten, dass eine endgültige Beurteilung der SNE-VO 2012 erst nach Erläuterungen betreffend der Kostenaufteilung zwischen den unterschiedlichen Netzbewerbern durch die E-Control möglich ist. Die BAK behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Mit dem gegenständlichen Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) kommen erstmals die Neuregelungen des EIWOG 2010 hinsichtlich der Festsetzung der Systemnutzungsentgelte zur Anwendung. Der Verordnungsentwurf ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2012 anzuwendenden Tarife für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren durch die Energie-Control-Austria (ECA), das erstmalig in einem entsprechenden Bescheid durch den Vorstand der ECA mündete (§ 48 Abs 1 EIWOG 2010).

Die BAK begrüßt beim gegenständlichen Verordnungsentwurf ausdrücklich die Tatsache, dass gem. § 58 EIWOG 2010 mit der SNE-VO 2012 erstmalig auch Entgelte für "sonstige Leistungen" von der REK festgelegt werden, deren Höhe angemessen sein muss und die auf die soziale Verträglichkeit Bedacht zu nehmen haben. Damit wird aus Sicht der BAK ein

wesentlicher Schritt in Richtung Kostentransparenz gemacht und ein Wildwuchs im Bereich der Nebenkosten verhindert.

Grundsätzlich möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Energie-Regulierungspolitik in der Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Regulierungspolitik muss somit die Zielsetzung angemessener und leistbarer Energiepreise mit ausreichenden Anreizen für die Netzbetreiber für notwendige neue Investitionen sowie Ersatzinvestitionen in Einklang bringen. Es ist darüber hinaus auch Aufgabe der Regulierungspolitik, die Erreichung der volkswirtschaftlichen Ziele in Hinblick auf Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu unterstützen. Die BAK ersucht die Regulierungsbehörde auch darum, bei der Überwälzung der angemessenen Kosten auf die nachgelagerten Netzebenen auf eine faire Aufteilung zu achten. Angesichts des verstärkten Ausbaus der Netze - wie dies unter anderem auch im 10-jährigen Netzentwicklungsplan ausgeführt wird – kommt dieser Aufgabe zukünftig eine hohe Bedeutung zu.

Weiters ersucht die BAK die Regulierungsbehörde zukünftig um eine übersichtliche Darstellung der Veränderungen der Netznutzungs- und Netzverlustentgelte, wie dies auch in den Erläuternden Bemerkungen zur GSNT-VO der Fall ist.

Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012 im Einzelnen

§ 4 – Bestimmung des Netznutzungsentgelts

Die BAK legt ihren Begutachtungsschwerpunkt auf die, für Haushalte relevante, Netzebene 7. Auf der Netzebene 7 (nicht gemessen) ergeben sich bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.500 kWh/Jahr folgende prozentuelle Veränderungen des Netznutzungsentgelts 2012 (Leistungs- und Arbeitspreis exklusive Steuern und Abgaben) im Vergleich zum Vorjahr:

Tabelle 1: Netznutzungsentgelt 2012 im Vergleich zum Vorjahr
(Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr)

Netzbereich	Burgenland	1,29%
Netzbereich	Kärnten	2,08%
Netzbereich	Klagenfurt	0,82%
Netzbereich	Niederösterreich	-0,83%
Netzbereich	Oberösterreich	-0,58%
Netzbereich	Linz	-0,86%
Netzbereich	Salzburg	-4,47%
Netzbereich	Steiermark	-1,05%
Netzbereich	Graz	-4,70%
Netzbereich	Tirol	-2,50%
Netzbereich	Innsbruck	2,79%
Netzbereich	Vorarlberg	-0,83%
Netzbereich	Wien	1,09%
Netzbereich	Kleinwalsertal	0,00%

Quelle: Eigene Berechnung

Tabelle 1 liefert ein differenziertes Bild hinsichtlich der Entwicklung der Netznutzungsentgelte für die Netzebene 7 (nicht gemessen) in den jeweiligen Netzbereichen. Während es in einigen Netzbereichen zu einer Erhöhung der Netznutzungsentgelte kommt – in Innsbruck (+2,79%), Kärnten (+2,08%), Burgenland (+1,29%), Wien (+1,09%) und Klagenfurt (+0,82%) – werden in anderen Netzbereichen die Netznutzungsentgelte gesenkt. In den Netzbereichen Oberösterreich (-0,58%), Niederösterreich (-0,83%), Vorarlberg (-0,83%), Linz (-0,86%), Steiermark (-1,05%) und Tirol (-2,50%) erfolgen moderate Senkungen, deutliche Senkungen der Netznutzungsentgelte erfolgen in Salzburg (-4,47%) und Graz (-4,70%). Insbesondere die Erhöhung der Netznutzungsentgelte in Kärnten erscheint der BAK jedoch hinterfragenswert, da Kärnten gemeinsam mit Kleinwalsertal bereits in der Vergangenheit zu den Bundesländern mit den höchsten Netznutzungsentgelten zählte.

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Netzbereiche zeigt sich, dass die Senkungen bzw. Erhöhungen der Netznutzungsentgelte auf den verschiedenen Netzebenen in ähnlichen Größenordnungen erfolgen. Einzige Ausnahme bildet der Netzbereich Steiermark, bei dem die Netzentgelte für die Arbeitskomponente auf den Netzebenen 4 bis 6 zwischen -7,7% und -8,7% gesenkt werden, für nicht gemessene NetzbenutzerInnen der Netzebene 7 jedoch nur um -1,1%. Für die BAK ist es nicht nachvollziehbar, warum die Effizienzpotentiale im Netzbereich Steiermark nicht gleichmäßig auf die NetzbenutzerInnen aller Netzebenen, insbesondere an die nicht leistungsgemessenen HaushaltskundInnen, weitergegeben

werden – hier verlangt die BAK eine Erläuterung der entscheidungsrelevanten Gründe im Regulierungsbeirat.

§ 4 Abs 1 Z 8 – Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Eine angemessene Netzentgelt-Beteiligung der Pumpspeicherkraftwerke ist aus Sicht der BAK zu befürworten, weil die Netze durch den Transport von Energie zu den Pumpspeicherkraftwerken in Anspruch genommen werden. Der Einsatz von Pumpspeicherkraftwerken hat damit maßgeblichen Einfluss auf die technische Dimensionierung des Netzausbaus. Durch die Kostenbeteiligung der Pumpspeicherkraftwerke sollte die Kostenbelastung für die anderen NetzbenutzerInnen im selben Ausmaß sinken.

Die vorgesehene Erhöhung des Leistungspreises von 100 Cent/kW auf 200 Cent/kW hält die BAK aus drei Gründen für angemessen: Erstens, weil die österreichischen Pumpspeicherkraftwerke nach wie vor rentabel wirtschaften und deshalb derzeit nicht mit einem Rückgang bei der Investitionsbereitschaft zu rechnen ist. Zweitens, weil durch die Erhöhung des Leistungspreises die gesamte Netzkostenbelastung für die österreichischen Pumpspeicherkraftwerke laut Angaben von Österreichs Energie lediglich von 13,2 Mio Euro pro Jahr auf 16,6 Mio. Euro pro Jahr steigen wird und die Erhöhung somit moderat ausfällt. Und Drittens, weil die Pumpspeicherkraftwerke auch nach der vorliegenden Erhöhung gegenüber anderen NetzbenutzerInnen auf derselben Netzebene bevorzugt behandelt werden; was aus Sicht der BAK aufgrund der Vorteile der Pumpspeichertechnologie für das Elektrizitätssystem (Stromspeicher, Spitzenlastabdeckung, Systemstabilisierung) zu rechtfertigen ist.

Die Bevorzugung der Pumpspeicherkraftwerke bei der Netztarifizierung sollte aus Sicht der BAK auch zukünftig beibehalten werden, um die Investitionsbereitschaft in die Pumpspeichertechnologie auch weiterhin sicherzustellen. Durch einen Ausbau im Bereich der Pumpspeicherkraftwerke werden positive Effekte für das Elektrizitätssystem erzielt – insbesondere hinsichtlich der Speichermöglichkeit von Überschussenergie, Ausgleich der volatilen Elektrizitätserzeugung von Erneuerbaren Energien sowie der raschen Abdeckung von Nachfragespitzen – und positive volkswirtschaftliche Effekte sichergestellt.

§ 6 – Bestimmung des Netzverlustentgelts

Bei der Betrachtung des Netzverlustentgelts 2012 im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich – ähnlich wie bei den Netznutzungsentgelten – ein differenziertes Bild (siehe Tabelle 2). Für die Netzebene 7 (Haushalte und Kleingewerbe) werden die Netzverlustentgelte in den Netzbereichen Tirol (-2,9%), Innsbruck (-7,1%), Wien (-5,8%) und Linz (-6,7%) gesenkt. In den Netzbereichen Graz und Kleinwalsertal bleiben die Netzverlustentgelte der Netzebene 7 unverändert. In allen anderen Netzbereichen kommt es zu Erhöhungen des Netzverlustentgeltes, wobei die deutlichsten Erhöhungen auf Netzebene 7 in den Netzbereichen Kärnten (+6,5%), Vorarlberg (+7,7%) und Burgenland (+9,4%) erfolgen. Hier ersucht die BAK um Erläuterung im zuständigen Regulierungsbeirat.

Tabelle 2: Veränderung Netzverlustentgelt 2012 im Vergleich zum Vorjahr

	NE3	NE4	NE5	NE6	NE7
Netzbereich Burgenland	20,0%	14,3%	9,1%	13,3%	9,4%
Netzbereich Kärnten	12,5%	9,1%	6,7%	8,3%	6,5%
Netzbereich Klagenfurt	-	0,0%	0,0%	5,0%	3,0%
Netzbereich Niederösterreich	2,5%	1,1%	0,8%	2,1%	4,6%
Netzbereich Oberösterreich	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%
Netzbereich Linz	-	-6,7%	-8,3%	-10,0%	-6,7%
Netzbereich Salzburg	1,0%	1,3%	1,2%	1,1%	1,3%
Netzbereich Steiermark	1,3%	1,0%	1,2%	1,4%	1,3%
Netzbereich Graz	-	-	0,0%	0,0%	0,0%
Netzbereich Tirol	0,0%	-5,9%	-4,5%	-3,8%	-2,9%
Netzbereich Innsbruck	-	-7,0%	-6,7%	-7,1%	-7,1%
Netzbereich Vorarlberg	0,0%	0,0%	0,0%	7,7%	7,7%
Netzbereich Wien	-5,7%	-5,5%	-5,9%	-5,7%	-5,8%
Netzbereich Kleinwalsertal	-	-	0,0%	0,0%	0,0%

Quelle: eigene Berechnung

§ 7 – Bestimmung des Netzbereitstellungsentgelts

Das Netzbereitstellungsentgelt bleibt im Vergleich zum Vorjahr in sämtlichen Netzbereichen unverändert.

§ 55 Abs 1 EIWOG 2010 regelt, dass sich das Netzbereitstellungsentgelt am Ausmaß der vereinbarten Netznutzung bemisst. Wurde kein Ausmaß der Netznutzung vereinbart oder wurde das vereinbarte Ausmaß der Netznutzung überschritten, bemisst sich das Netzbereitstellungsentgelt gem. § 55 Abs 1 EIWOG 2010 am tatsächlich in Anspruch genommenen Ausmaß der Netznutzung. Bei nicht leistungsgemessenen NetzbenutzerInnen der Netzebene 7 stellt sich jedoch das grundsätzliche Problem, dass das in Anspruch genommenen Ausmaß der Netznutzung ausschließlich über den Jahresstromverbrauch (in kWh), also über die Arbeitskomponente und nicht über die Leistungskomponente festgestellt werden kann. Das heißt, überschreitet ein Haushalt einen bestimmten Jahresverbrauchswert, kommt es zu einer Erhöhung des Ausmaßes der Netzbereitstellungsleistung und somit zu einer Nachzahlungsforderung seitens des Netzbetreibers. In der Praxis hat sich nun gezeigt, dass die maßgeblichen Jahresverbrauchswerte für die Bemessung des Ausmaßes der Netzbereitstellungsleistung für nicht leistungsgemessene NetzbenutzerInnen der Netzebene 7 je nach Netzbetreiber stark voneinander abweichen. Die BAK plädiert daher für eine einheitliche Regelung dieser maßgeblichen Jahresverbrauchswerte für die Bemessung des Ausmaßes der Netzbereitstellungsleistung für nicht leistungsgemessene NetzbenutzerInnen der Netzebene 7.

§ 9 und § 10 – Arten der Messung bzw. Messentgelte

In § 9 Z 6 wird die "Zweitartifizählung" als Messung von elektrischer Arbeit ohne Erfassung von Leistungswerten mit mindestens zwei Tarifzeiten inklusive des erforderlichen Tarifsaltgerätes definiert. In § 10 Abs 1 Z 6 wird für die "Zweitartifizählung" ein Höchstpreis je Kalendermonat in der Höhe von 4,00 Euro festgelegt. Nun wird in § 10 Abs 2 Z 1 für die Tarifsaltung als zusätzliche Leistung ein Höchstpreis von 1,00 Euro pro Kalendermonat verordnet. Aus Sicht der BAK liegt hier ein Widerspruch in der Textierung vor, weil die "Zweitartifizählung" gemäß Definition in § 9 Z 6 bereits die Tarifsaltung beinhaltet und sie somit im Höchstpreis von 4,00 Euro enthalten sein müsste.

Wie die Arbeiterkammer Steiermark berichtet, ist es im Netzbereich Steiermark offensichtlich gängige Praxis bei Verteilnetzbetreibern, dass zum Höchstpreis für die „Zweitartifizählung“ (4,00 Euro) zusätzlich das Höchstentgelt für die Tarifsaltung (1,00 Euro) verrechnet wird. Während eine derartige zusätzliche Verrechnung der Tarifsaltung bei einer „Eintarifdrehstromzählung“ (§ 9 Z 7) oder „Eintarifwechselstromzählung“ (§ 9 Z 8) korrekt ist, lag und liegt die zusätzliche Verrechnung auch bei einer „Zweitartifizählung“ (§ 9 Z 6) offensichtlich nicht in der Intention der ECK bzw. nunmehr REK und ist erst seit dem Zeitpunkt zu bemerken, als dieser Tarifansatz aus der unter § 10 Abs 1 genannten Tarifliste herausgenommen und getrennt in Abs 2 angeführt wurde.

Die BAK regt daher an, eine eindeutige Formulierung in den Verordnungstext einzuarbeiten, die klarstellt, dass bei der „Zweitartifizählung“ kein zusätzliches Entgelt für die Tarifsaltung in Rechnung gestellt werden darf.

§ 2 – Kostenwälzung

Für die Kostenwälzung des Übertragungsnetzes wird ein Anteil von 65 vH in Ansatz gebracht. Wie auch den Erläuterungen zum gegenständlichen Verordnungsentwurf zu entnehmen ist, wird im EIWOG lediglich eine Grenze dieses Anteils von 70 vH festgelegt. Auf welcher Basis dieser Anteil von 65 vH festgesetzt wurde, ist für die BAK jedoch nicht ersichtlich und bedarf einer Erläuterung im zuständigen Regulierungsbeirat.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen und verbleibt

mit freundlichen Grüßen

Herbert Tumpel
Präsident

Günther Chaloupek
iV des Direktors